Stadt Karlsruhe
Ortsverwaltung Grötzingen

Niederschrift

Ortschaftsrat Grötzingen	
öffentlich	
21. Oktober 2026, 19:00 bis 19:50 Uhr	Begegnungsstätte Grötzingen, Niddastraße 9, 76229 Karlsruhe
Vorsitzender: Ortsvorsteher Jens Jägle	
Protokollführer: Sarah Dupps Urkundspersonen: Ortschaftsrat Fettig, Ortschaftsrat Schönberger	
Anwesenheit: 16 von 18 Mitgliedern des Ortschaftsrates anwesend, Ortschaftsrätin Cassarino-Benz verspätet sich (Ankunft 19:40 Uhr)	
Ortschaftsrätin Pepper (entschuldigt), Ortschaftsrat Siegele (entschuldigt)	

1. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es wurden keine Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

2. Änderung der Benutzungsordnung der Begegnungsstätte Grötzingen

I. Inhalt der Vorlage

Beschlussvorlage
2026/0820

II. Behandlung im Ortschaftsrat

Ortsvorsteher Jens Jägle erläutert, dass seit einigen Monaten die Einführung eines digitalen Buchungsprozesses für die Begegnungsstätte vorbereitet worden sei. Dieser solle insbesondere bei Einzelbuchungen und Veranstaltungen mit wenigen Teilnehmenden sowohl die Verwaltung als insbesondere die Nutzenden entlasten. Bislang müssten die Mietverträge in dreifacher Ausfertigung versandt und bearbeitet werden.

Der neue Buchungsprozess sehe vor, dass alle für die Buchung erforderlichen Daten über ein digitales Formular erhoben werden. Die Anfrage stelle zunächst noch keine verbindliche Reservierung dar. Vielmehr werde die Buchung nach Prüfung der Vollständigkeit der Angaben und der Raumverfügbarkeit per E-Mail bestätigt.

Jägle führt weiter aus, dass mit der Einführung des digitalen Verfahrens auch die zivilrechtlichen Grundlagen angepasst werden mussten. An die Stelle der bisherigen Einzelverträge solle ein Regelwerk vergleichbar mit Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) treten, die den

Buchenden vor Abschluss der Buchung zur Kenntnis gebracht würden. Damit das digitale Buchungsverfahren umgesetzt werden könne, seien zudem Anpassungen der Formvorgaben in der Benutzungsordnung der Begegnungsstätte erforderlich.

Die Überarbeitung der Benutzungsordnung werde zugleich zum Anlass genommen, weitere Bestimmungen zu aktualisieren und zu präzisieren. Dies betreffe insbesondere die Haftung, die Ausübung des Hausrechts sowie die Ausschlussgründe für die Überlassung der Räumlichkeiten. Darüber hinaus würden Regelungen zur Nutzung der technischen Einrichtungen, zu Zutrittsberechtigungen, zum Datenschutz und zu den Pflichten bei der Überlassung der Räumlichkeiten ergänzt beziehungsweise konkretisiert.

Ortschaftrat Schuhmacher bekundet Zustimmung und hat keine Fragen zu der Vorlage. Die Umstellung stelle einen wichtigen Schritt in der Digitalisierung dar. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung.

Ortschaftsrat Dr. Bühler begrüßt die Vorlage. Er erkundigt sich nach möglichen Medienbrüchen, da es keine Schnittstelle zwischen den zwei eingesetzten Verfahren geben wird.

Jens Jägle führt hierzu aus, dass diese so gering wie möglich gehalten werden, da aus dem Prozess eine PDF-Datei generiert werde, welche im Folgeverfahren hochgeladen werden kann.

Ortschaftsrätin Hauswirth-Metzger begrüßt die Vorlage ebenfalls. Sie erkundigt sich, ob es auch weiterhin möglich ist, Raumbuchungen ohne das Onlineverfahren vorzunehmen. Dies sei wichtig um die Barrierefreiheit zu wahren.

Herr Jägle bestätigt dies. Es sind auch weiterhin Reservierungsanfragen außerhalb des Onlineportals möglich, wobei hier fortan „digital first" gelten sollte.

Ortschaftsrat Siegrist signalisiert Wohlwollen, möchte aber den kleinen Kritikpunkt anbringen: eine Gegenüberstellung der alten und neuen Fassung der Benutzungsordnung wäre hilfreich gewesen. Das hätte es einfacher gemacht, die Änderungen nachzuvollziehen.

OVS Jägle nimmt diesen Punkt für die Zukunft auf.

Ortschaftrat Breier bestätigt ebenfalls, dass solch eine Gegenüberstellung gefehlt hat, bekundet aber Zustimmung zu der Vorlage.

III. Beschluss im Ortschaftsrat

Der Ortschaftsrat beschließt die Änderung und Neufassung der Benutzungsordnung der Begegnungsstätte Grötzingen

Einstimmig angenommen.

3. Verschlankung der ortschaftsrätlichen Gremien als Beitrag zur Haushaltsstabilisierung

I. Inhalt der Vorlage

Beschlussvorlage
2026/0607

II. Behandlung im Ortschaftsrat

Ortsvorsteher Jens Jägle erläutert, dass die konjunkturell guten Jahre, in denen Vieles finanziell leistbar gewesen sei und vergleichsweise wenige einschneidende Entscheidungen hätten getroffen werden müssen, vorerst vorbei seien. Dies wirke sich auch auf die kommunale Finanzlage aus und gelte für den aktuellen Doppelhaushalt ebenso wie mindestens für den kommenden.

Für die Ortsverwaltung bedeute dies neben den Einsparvorgaben im Ergebnishaushalt auch die Umsetzung von insgesamt neun Verwaltungsaufträgen des Oberbürgermeisters, die zum Ziel haben, strukturelle Veränderungen zu erwirken. Anlass der vorliegenden Vorlage sei der Verwaltungsauftrag Nr. 1, der eine gesamtstädtische Reduzierung der Personalaufwendungen um 7,9 Prozent insgesamt vorsehe.

Wenngleich die Vorlage bewusst auf die Darstellung konkreter Zahlen verzichte, wolle er die Auswirkungen der Personalreduktionsvorgaben am Beispiel der Ortsverwaltung Grötzingen verdeutlichen. Die Ermittlung der Vorgaben erfolgte anhand verschiedener Kriterien, darunter der Anteil der Pflichtaufgaben, die Größe der Verwaltungseinheit, die Besetzungsquote zum Stichtag sowie der Anteil der Personalkosten. Für die Ortsverwaltung Grötzingen werde demnach ein Ausgangswert von 66,2 Vollzeitwerten (VZW) zugrunde gelegt. Mit diesem Berechnungsmodell ergäben sich bis zum Ende des Betrachtungszeitraums eine Reduktionsvorgabe um 8,9 VZW für die Ortsverwaltung. Das entspricht 13,4 Prozent des Personalvolumens zum Stichtag.

Jägle führt aus, dass diese Vorgaben allenfalls nur ansatzweise zu erfüllen seien, wenn neben der Optimierung der Aufgabenerledigung auch das bestehende Aufgabenportfolio überprüft werde. Angesichts des gravierenden Anteils von manuellen und erzieherischen Tätigkeitsanteilen innerhalb der Ortsverwaltung sei davon auszugehen, dass die geforderten Reduktionen allein durch Digitalisierung und Prozessoptimierungen bei Weitem nicht erreicht werden könnten. Es sei zudem äußerst fraglich, ob sich sämtliche Aufgaben und Leistungen bei einem um bis zu 13 Prozent reduzierten Personalbestand unverändert aufrechterhalten ließen.

Er betont, dass sich unabhängig von der jeweiligen Person in der Funktion des Ortsvorstehers und der Amtsleitung jede Amtsinhaberin und jeder Amtsinhaber dieser Herausforderung stellen müsse. Dies könne am besten durch rationale und sachliche Überlegungen und nicht durch ideologische Erwägungen gelingen. Die vorliegenden Vorschläge sowie weitere gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen seien das Ergebnis einer sachlichen Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit der Ortsverwaltung gesichert werden könne. Hierbei werde auch die Belegschaft einbezogen, beispielsweise durch basisdemokratische Beteiligungsformate wie den kürzlich durchgeführten Zukunftstag der Ortsverwaltung.

Jägle stellt klar, dass seine Aufgabe darin bestehe, die Zukunftsfähigkeit der Ortsverwaltung zu sichern, und nicht darin, eine eigene politische Agenda zu verfolgen. Im Rahmen seiner organisatorischen Verantwortung als Ortsvorsteher und Amtsleiter müsse er sämtliche Tätigkeitsfelder der Ortsverwaltung betrachten. Dies schließe ausdrücklich auch die Arbeit des Ortschaftsrats und die Zusammenarbeit mit diesem ein.

Er kündigt an, dass voraussichtlich weitere Vorlagen mit einschneidenden Entscheidungen in den kommenden Jahren folgen müssten. Dass solche Vorschläge auf Widerstand stießen, sei ihm bewusst und in einem demokratischen Aushandlungsprozess systemimmanent. Eine sachliche Auseinandersetzung sei ausdrücklich erwünscht. Aus diesem Grund würden die Vorschläge im Ortschaftsrat als dem hierfür demokratisch gewählten Gremium beraten.

Gleichzeitig äußert Jägle die Erwartung, dass sachliche Verwaltungsvorschläge nicht bereits vor Abschluss der politischen Willensbildung öffentlich skandalisiert, fehlinterpretiert oder medial instrumentalisiert würden. Wenn jedes Thema grundsätzlich von Veränderungen ausgenommen werde, bestehe die Gefahr, dass die Konsolidierungsbemühungen ins Leere liefen. In einem solchen Fall gebe es dann um die mittel- und langfristige Handlungsfähigkeit der Ortsverwaltung Anlass zur Sorge.

Zum konkreten Inhalt der Vorlage erläutert Jägle, dass sich die darin genannten Arbeitskreise (AK) im Laufe der Jahre etabliert hätten, jedoch nicht Bestandteil der Geschäftsordnung des Ortschaftsrats seien. Es handele sich daher um optionale Arbeitskreise. Dies bedeute ausdrücklich nicht, dass die behandelten Themen freiwillig oder weniger wichtig seien. Vielmehr gebe es nach seiner Kenntnis weder in der Geschäftsordnung noch in bundes- oder landesgesetzlichen Regelungen eine Verpflichtung, für bestimmte Themen eigene Arbeitskreise einzurichten.

Der organisatorische Aufwand für die Durchführung der Arbeitskreise sei angesichts der erforderlichen Bekanntmachungen, Einladungen sowie Vor- und Nachbereitungen nicht wesentlich geringer als bei regulären Sitzungen des Ortschaftsrats. Jägle hebt nochmals hervor, dass es bei dem Vorschlag nicht um finanzielle Einsparungen, sondern um die Reduzierung des Personalaufwands gehe.

Im Anschluss stellt Jägle drei Punkte heraus, die ihm im Zusammenhang mit der Vorlage besonders wichtig seien:

Erstens betont er, dass weder er persönlich noch die Ortsverwaltung die Bedeutung der Themen Inklusion, Baggersee und Verkehr infrage stellten oder diese herabwürdigen wollten. Zugleich gebe es zahlreiche weitere gesellschaftlich und sozialpolitisch bedeutsame Themen, für die keine eigenen Arbeitskreise bestünden. Stellvertretend nennt er die Themen Wohnen und Migration. Auch diese Themen hätten der Ortschaftsrat und die Ortsverwaltung im Blick und würden durch das Fehlen eines eigenen Arbeitskreises keineswegs missachtet.

Zweitens stellt Jägle klar, dass es nicht darum gehe, das Ehrenamt oder das bürgerschaftliche Engagement geringzuschätzen. Er habe bei zahlreichen Gelegenheiten die Bedeutung des Ehrenamts betont, da dies seiner persönlichen Überzeugung entspreche.

Drittens unterstreicht er, dass weder bestimmte Personengruppen diffamiert oder diskriminiert noch Menschen zum Schweigen gebracht werden sollten. Wie bereits in der Vorlage ausgeführt, blieben sämtliche Kommunikationswege zur Ortsverwaltung weiterhin offen.

Auch die Fraktionen seien nach seiner Erfahrung ansprechbar und dialogbereit. Darüber hinaus verfüge der Ortschaftsrat bei allen die Ortschaft betreffenden Themen über ein Antragsrecht. Ergänzend erklärt sich Jägle bereit, den Themen aus den Arbeitskreisen einmal jährlich einen eigenen Tagesordnungspunkt in einer ordentlichen Sitzung des Ortschaftsrats einzuräumen. In diesem Zusammenhang könnten sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner hinzugezogen werden.

Abschließend fasst Jägle zusammen, dass es bei dem Vorschlag weder um eine Aushöhlung demokratischer Strukturen noch um die Ausgrenzung von Menschen gehe. Vielmehr müsse ein pragmatischer Umgang mit den aktuellen Herausforderungen gefunden werden. Er wünsche sich daher eine sachliche Beratung, bei der Vernunft walte und die Fakten im Mittelpunkt stünden.

Ortschaftsrätin Dr. Vorberg merkt an, dass es hilfreich gewesen wäre, die einleitenden Erläuterungen bereits zusammen mit der Vorlage zu erhalten. Insbesondere die Zahlen und konkreten Einsparvorgaben seien für das Verständnis der Vorlage wichtig gewesen. Für den Fall, dass die Durchführung von Arbeitskreisen einen zu hohen Verwaltungsaufwand verursache, schlägt sie vor, stattdessen sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner zu den entsprechenden Themen in eine Sitzung des Ortschaftsrats einzuladen. Der Beschlussantrag solle entsprechend angepasst werden.

Dr. Vorberg betont, dass weiterhin eine öffentliche Diskussion über die betreffenden Themen ermöglicht werden müsse. Sie halte es für wichtig, hierfür einen öffentlichen Rahmen zu schaffen, anstatt darauf zu setzen, dass sich Betroffene mit ihren Anliegen einzeln an die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte wendeten. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse signalisiert werden, dass diese öffentliche Plattform ausdrücklich für ihre Anliegen und den Austausch zur Verfügung stehe.

Ortschaftsrat Siegrist schließt sich der Einschätzung an, dass die einleitenden Informationen bereits im Vorfeld hätten zur Verfügung gestellt werden sollen. Ohne diese Erläuterungen sei die Vorlage nur schwer nachvollziehbar gewesen. Er verweist auf die Leitlinien für eine systematische und mitgestaltende Öffentlichkeitsbeteiligung, die 2026 vom Gemeinderat beschlossen worden sind und betont die Bedeutung der Bürgerinformationen für den Austausch im Ortschaftsrat. Wenn der Beschlussantrag dahingehend geändert werde, dass sachkundige Bürgerinnen und Bürger zu den Sitzungen eingeladen werden könnten, könne er dem Vorschlag zustimmen.

Ortschaftsrat Fettig bedankt sich für die Erläuterungen. Der bestehende Sparzwang sei ihm bekannt, weshalb ihn die vorgeschlagene Maßnahme nicht überrasche. Er bezeichnet die Einbindung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger in die Sitzungen des Ortschaftsrats als Ausdruck lebendiger Demokratie und bewertet diesen Ansatz sogar als vorteilhaft gegenüber den bisherigen Arbeitskreisen. Auch wenn Einsparungen mit Einschränkungen verbunden seien, böten sich dadurch neue Möglichkeiten. So könnten künftig auch Themen und Interessengruppen eine Plattform erhalten, für die bislang kein eigener Arbeitskreis bestehe. Es gelte, die Bürgerinnen und Bürger für diese Möglichkeiten zu sensibilisieren und ihnen Gehör zu verschaffen.

Ortschaftsrat Schönberger führt aus, dass es sich bei den aktuellen Maßnahmen erst um den Anfang handele und die bestehenden Sparvorgaben daher nicht überraschend kämen. Er bietet an, dass die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte auch an Sitzungen und Treffen

bestehender Interessengruppen teilnehmen könnten, um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen und in die Beratungen des Ortschaftsrats einzubringen.

Ortschaftsrat Breier betont, dass das gemeinsame Sparen in den kommenden Jahren eine wichtige Aufgabe bleiben werde. Es gelte, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen und verstärkt den direkten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen.

Ortschaftsrat Siegrist ergänzt abschließend, dass die SPD bereits in der Vergangenheit dafür eingetreten sei, sachkundige Bürgerinnen und Bürger zu den Sitzungen des Ortschaftsrats einzuladen.

III. Beschluss im Ortschaftsrat

Der Ortschaftsrat beschließt, die Arbeitskreise Baggersee, Inklusion, Klimaschutz und Verkehr bis auf Weiteres auszusetzen. Die betroffenen Themen sollen künftig im Rahmen öffentlicher Sitzungen des Ortschaftsrats behandelt werden, dazu können sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner hinzugezogen werden.

Mehrheitlich angenommen (13 ja, 2 nein).

4. Zukunftspapier der Ortsverwaltungen

I. Inhalt der Vorlage

Informationsvorlage
2026/0778

II. Behandlung im Ortschaftsrat

Ortsvorsteher Jens Jägle führt in das Thema ein und erläutert, dass die Diskussion um eine Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben nicht allein unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und möglichen Kosteneinsparungen betrachtet werden dürfe. Vielmehr sollten die Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen sowie die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an eine erreichbare, transparente und handlungsfähige Verwaltung in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt werden. Gerade vor dem Hintergrund gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen und einer zunehmenden Stärkung politischer Ränder komme es darauf an, das Vertrauen in staatliche Institutionen zu erhalten und zu stärken. Die Ortsverwaltungen leisteten hierzu einen wichtigen Beitrag, da sie näher an den Menschen seien, kürzere Reaktionszeiten für Anliegen hätten und die örtliche Gemeinschaft stützten.

Jägle berichtet, dass die vorliegende Vereinbarung das Ergebnis eines längeren Aushandlungsprozesses zwischen dem Oberbürgermeister und den Ortsvorstehenden sei. Sie stelle ein gemeinsames Bekenntnis zu den ortschaftsrätlichen Strukturen und zum Fortbestand der Ortsverwaltungen dar.

Zugleich betont er, dass die Ortsverwaltungen bereits heute informell gut und eng zusammenarbeiteten. Diese Zusammenarbeit solle künftig weiter gestärkt werden. Als Beispiel nennt er die dauerhafte gegenseitige Vertretung im Standesamtswesen zwischen Grötzingen und Wettersbach.

Abschließend weist Jägle darauf hin, dass auch künftig weitere Aufgabenbereiche betrachtet und gegebenenfalls neu zugeordnet werden könnten. Ziel sei es, durch eine sachgerechte Aufgabenverteilung und eine verstärkte Zusammenarbeit die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu sichern und zugleich die Bedeutung der Ortsverwaltungen als bürgernahe und serviceorientierte Anlaufstellen zu erhalten.

Ortschaftsrat Schuhmacher berichtet, dass er sich bereits seit Längerem Gedanken darüber gemacht habe, wie es nach dem Auslaufen der Eingemeindungsvereinbarung weitergehe und welche Regelungen künftig gelten würden. Am Zukunftspapier begrüße er insbesondere, dass an den grundlegenden Zusicherungen festgehalten werde. Dies sei jedoch kein Freibrief dafür, dass sämtliche bestehenden Strukturen unverändert bleiben könnten. Vielmehr müsse darauf geachtet werden, dass der Ortschaftsrat und die Ortsverwaltung auch künftig handlungsfähig blieben. Insgesamt bewertet er das Papier positiv, warnt jedoch davor, sich dadurch in Sicherheit zu wiegen.

Ortsvorsteher Jägle erläutert hierzu, dass die Eingemeindungsvereinbarung weiterhin Bestand habe und das Zukunftspapier als ergänzende Vereinbarung hierzu zu verstehen sei.

Ortschaftsrat Schönberger begrüßt, dass mit dem Zukunftspapier nun ein Ergebnis vorliege und darin ein klares Bekenntnis zum Ortschaftsrat und zum Amt des Ortsvorstehers zum Ausdruck komme. Zugleich betont er, dass der Ortschaftsrat darauf achten müsse, dass die Ortsverwaltung personell und organisatorisch ausreichend ausgestattet bleibe, um ihre Aufgaben weiterhin erfüllen zu können.

Ortschaftsrat Siegrist begrüßt das Zukunftspapier und zeigt sich erfreut darüber, dass die Eingemeindungsvereinbarung weiterhin Bestand hat.

Ortschaftsrat Breier beglückwünscht zu dem vorliegenden Zukunftspapier und bezeichnet dessen Lektüre als Lesegenuss. Eine inhaltliche Bewertung sei ihm jedoch nicht möglich, da es an konkreten operativen Details fehle.

Ortsvorsteher Jens Jägle erläutert hierzu, dass zu Beginn des kommenden Jahres wieder ein Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung zum Kalenderjahr 2026 im Ortschaftsrat vorgestellt werde. Dies schaffe Transparenz und gebe Einblick in operative Kennzahlen. Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 habe er heute bewusst auf eine Tagesordnung gesetzt, da diese schwerlich getrennt voneinander betrachtet werden könnten.

III. Kenntnisnahme

Der Ortschaftsrat nimmt den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

5. Pflege des Jüdischen Friedhofs in Grötzingen (Antrag SPD-Fraktion)

I. Inhalt der Vorlage

Antrag
2026/0691

Der Jüdische Friedhof in Grötzingen ist in einem traurigen Zustand. Mitglieder der Heimatfreunde Grötzingen reinigen ihn alle sechs bis acht Wochen und finden ihn regelmäßig sehr ungepflegt vor.

Die Stadt Karlsruhe erhält Geld von der israelitischen Gemeinde für die Pflege der jüdischen Grabanlagen.

Wir bitten um Auskunft, wieviel Geld die Stadt erhält. Ferner möchten wir wissen, wie oft der Jüdische Friedhof von städtischen Mitarbeitern gereinigt wird und an welchen Daten dies im laufenden Jahr geschah.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass die Hecke in einem erbärmlichen Zustand ist. Derzeit kann der Friedhof ohne Probleme betreten werden. Von Mitgliedern der Heimatfreunden Grötzingen wurden bereits Picknickreste von dem Gelände entfernt. Dies steht in einem großen Kontrast zu den jüdischen Regeln zur Totenruhe, Wir verweisen nur darauf, dass Männer sich nur mit Kopfbedeckung auf dem Friedhof aufhalten dürfen etc.
Daher beantragen wir, dass die Hecke in diesem Herbst noch ausgetauscht wird. Ferner beantragen wir, dass nach einer Neuanpflanzung die Hecke auch regelmäßig kontrolliert und gegossen wird.

II. Inhalt der Stellungnahme

Kurzfassung
Der Bauhof der Ortsverwaltung Grötzingen hat im vergangenen Jahr insgesamt 27 Stunden für Pflegearbeiten auf dem Jüdischen Friedhof Grötzingen geleistet. Im Jahr 2026 wurden bislang 18 Stunden erbracht.

Nach Kenntnis der Ortsverwaltung erhält die Stadtverwaltung Karlsruhe von der Israelitischen Religionsgemeinschaft kein Geld für die Pflege der Friedhofsanlage. Aufgrund des Staatsvertrages zwischen den Israelitischen Religionsgemeinschaften und dem Land Baden-Württemberg erhält die Stadt Karlsruhe indes vom Land Baden-Württemberg Zuschüsse.

Erläuterungen
Der Jüdische Friedhof Grötzingen in der Straße „Am Liepoldsacker" ist ein geschütztes Kulturdenkmal. Die Pflege und Reinigung der Anlage obliegt dem örtlichen Bauhof. Im Jahr 2025 wurden insgesamt 27 Stunden für Pflegearbeiten an und in der Anlage geleistet. Im Jahr 2026 fielen bislang 18 Arbeitsstunden an.

Der Zustand der Hecke ist der Ortsverwaltung bekannt. Wie die Ortsverwaltung der antragstellenden Fraktion bereits im bilateralen Austausch mitgeteilt hatte, ist eine Neupflanzung einer Hecke für den Herbst beziehungsweise spätestens im kommenden Frühjahr vorgesehen. Die Pflege und Bewässerung der Hecke gehört zum Aufgabenspektrum des Bauhofes.

Für die Pflege des Jüdischen Friedhofs erhält die Stadt Karlsruhe anhand des Stundenachweises des örtlichen Bauhofs über die geleisteten Stunden lediglich einen jährlichen Zuschuss, ausbezahlt vom Regierungspräsidium Karlsruhe.

Mit Bescheid vom 17. Juli 2026 erhält die Stadtverwaltung für das laufende Jahr einen Betrag von 99,79 Euro für die Pflegemaßnahmen. Die Zahlung basiert auf dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg. Der Staatsvertrag trifft Vereinbarungen zur staatlichen Förderung.

Die Ortsverwaltung dankt den Heimatfreunden Grötzingen e. V. ausdrücklich für deren Engagement bei der Reinigungs- und Pflegeunterstützung des Jüdischen Friedhofs Grötzingen.

Erläuterungen zu den finanziellen Auswirkungen
Der Stundensatz für einen Facharbeiter im Kostenbereich des Gartenbaus beträgt für das Jahr 2026 bei interner Verrechnung 58,00 Euro und bei externer Verrechnung 65,00 Euro. Für einen ungelernten beziehungsweise angelernter Arbeiter liegen die Sätze bei 51,00 Euro beziehungsweise 59,00 Euro. Hinzu kommen Kosten für Maschinen und Geräte. Die Personalkosten werden zwischen der Ortsverwaltung und dem Fachamt abgerechnet.

III. Behandlung im Ortschaftsrat

Ortschaftsrat Siegrist bedankt sich für die Stellungnahme und führt aus, dass ihm die dargestellten Informationen in dieser Form bislang nicht bekannt gewesen seien. Er würdigt, dass die Ortsverwaltung trotz der begrenzten Mittel zusätzliche Leistungen erbracht habe. Ergänzend weist er darauf hin, dass auch die Heimatfreunde regelmäßig Pflegearbeiten auf dem Friedhof übernähmen.

Ortsvorsteher Jens Jägle nutzt die Gelegenheit um nochmals für das bürgerschaftliche Engagement der Heimatfreunde für den jüdischen Friedhof zu danken Abschließend informiert er darüber, dass die Hecke am jüdischen Friedhof in den kommenden Wochen mit Thuja neu bepflanzt werde.

Ortschaftsrat Daubenberger bedankt sich bei der Ortsverwaltung, dass dies so schnell geklärt und dargestellt wurde.

6. Mitteilungen der Ortsverwaltung

Ortsvorsteher Jens Jägle teilt Folgendes mit:

a. In der 7. Klasse der Augustenburg-Gemeinschaftsschule Grötzingen gebe es neuerdings das Schulfach „Engagement und Verantwortung". Die Schülerinnen und Schüler möchten sich in diesem Zusammenhang in Grötzingen engagieren und einen gemeinsamen Termin mit Ortsverwaltung und Ortschaftsrat vereinbaren, um geeignete Betätigungsfelder zu identifizieren

b. Die Stadtwerke Karlsruhe versuchen weiterhin, das mit den Arbeiten an der Baugrube am Laubplatz beauftragte Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Dies gestalte sich jedoch schwierig.

c. Aktuell liefen folgende Baubeteiligungen:

- Kirchstraße 20 (Schloss Augustenburg): Es liege ein Nachtrag zur brandschutzrechtlichen Umsetzung der Sanierung und des Neubaus vor, weswegen die Beteiligungsfrist verlängert werden musste.

- Fischerweg 4: Gegenstand sei der Ausbau des Dachgeschosses sowie die Errichtung von zwei Dachgauben.

- Karl-Martin-Graff-Straße 3: Geplant seien die Sanierung eines Wohnhauses mit dem Einbau einer Wohnung im Untergeschoss sowie der Anbau einer Garage und eines Wintergartens.

d. Die Baubeteiligungen für die Rummstraße 10 und die Rathausgasse 2 seien abgeschlossen.

gez. Ortsvorsteher Jens Jägle
Sitzungsleitung

gez. Sarah Dupps
Protokollführung

gez. Ortschaftsrat Fettig
Urkundsperson

gez. Ortschaftsrat Schönberger
Urkundsperson